

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 107.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 13. September 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Eine neue Statistik

des Tarifamtes über die Veränderungen in den Steuern, Wohnungs-, Holz-, Kohlen-, Pensions- und Lebensmittelpreisen in einer Gegenüberstellung der für die Jahre 1901 und 1905 ermittelten Ziffern ist soeben erschienen. Ein Riesensmaterial ist es, welches das Tarifamt da verarbeitet hat, mit dem es geradezu epochemachend im wirtschaftlichen Leben erscheint, und wie 1901 bereits, wird auch diesmal wieder in den interessierten Kreisen unsern Tarifamte der gebührende Dank für diese verdienstvolle Arbeit nicht vorenthalten bleiben. Selbstverständlich sind wir nicht in der Lage, die Einzelheiten dieser Statistik im „Korr.“ zu behandeln; dazu ist das Material zu umfangreich, wir müssen uns daher auf Gesamtziffern oder besonders hervorstechende Punkte beschränken. Die Gehilfenvertreter dagegen — die Statistik soll ja als Beratungsmaterial für die bevorstehende Tarifrevision dienen — werden für ihre respektiven Kreise die betreffenden Ziffern bei den Verhandlungen zu verwerten wissen und können auch in Einzelheiten die gebotene Nachprüfung eintreten lassen, sofern sich eine solche als notwendig erweisen sollte. Bemerkenswert sei noch, daß die Statistik (40 Seiten Großfolio) gegen Entsendung von 50 Pf. auch vom Tarifamte (Berlin, Friedrichstraße 239) bezogen werden kann, worauf wir besonders die Vorstände der Mitgliedschaften aufmerksam machen. Es ist deren Pflicht, sich dieses unentbehrliche Material für eine objektive Beurteilung der gegenwärtigen Steuerungsverhältnisse zugänglich zu machen, um jederzeit feststellen zu können, inwieweit eine Veränderung auf den beregneten Gebieten eingetreten. Außerdem ist den einzelnen Orten an der Hand dieser Statistik die Möglichkeit geboten, etwaige Irrtümer festzustellen und zu korrigieren.

Die Statistik selbst, zu welcher das Tarifamt laut § 48 Absatz 4 des Tarifes verpflichtet ist, ist aufgebaut auf dem von 650 Kommunalbehörden gelieferten Material. Im ganzen erbat das Tarifamt sich von 750 Kommunalbehörden Auskunft, doch war von 100 derselben Material nicht zu erhalten. Den Auskunft erteilenden Behörden muß man aber für die nicht unerhebliche Mühe dankbar sein, mit der sie unsern Gewerbe durch die Beantwortung der gestellten Fragen einen großen und allgemein nützlichen Dienst erwiesen haben. Auf diese Weise ist der gesamten Volkswirtschaft ein erwünschtes und weiter nirgends vorhandenes zusammenhängendes Material geboten. Die gegenwärtige Statistik ist auch um deswillen wertvoll, weil ihr gegenüber 1901 eine größere Ausdehnung gegeben ist. War 1901 die Auskunftserteilung auf 388 Orte beschränkt, so umfaßt die Statistik von 1905, wie bereits gesagt, 650 Orte. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die diesmalige Statistik eine Ausdehnung insofern erfahren hat, weil die Fragen über die Steuern und die Holz- und Kohlenpreise hinzugefügt sind. Auch ist die Frage nach den Wohnungspreisen in erweiterter Form gestellt. Das ist ein ganz bedeutender Fortschritt. Auch ist zugunsten der praktischen Handhabung der Statistik nicht wie 1901 der Kilopreis, sondern der Einhalbkilopreis (1 Pfund) zur Grundlage gewählt worden, weil letzterer den täglichen Gepflogen-

heiten im Haushalte besser entspricht und überflüssiges Zurückrechnen erspart. Noch vorteilhafter ist es für die Statistik, daß an Stelle des Großhandelspreises die Preise im Detailverkauf zu ermitteln gesucht wurden.

Die Beantwortung der Fragen erfolgte aus 315 Orten mit unter 10000 Einwohnern
128 " " mehr als 10—20000 " "
75 " " " " 20—30000 " "
53 " " " " 30—50000 " "
25 " " " " 50—70000 " "
15 " " " " 70—100000 " "
20 " " " " 100—200000 " "
14 " " " " 200—500000 " "
5 " " " " 500000 " "

Die Fragestellung umfaßte die Preise von je 1/2 Kilo (1 Pfund) Rindfleisch (Keule und Bauch getrennt), Schweine-, Kalb- und Hammelfleisch, Eibutter, Schweinefett, Weizenmehl, Roggenbrot, Reis, Kaffee und Zucker. Sodann die Preise von: 1 Mandel (15 Stück) Eier, 1 Zentner Kartoffeln, 1 Liter Vollmilch, 1 Liter Lagerbier. Für die Lebensmittelpreise ist der Durchschnittspreis im Detailverkauf angegeben. Ferner wurden die Preise zu ermitteln gesucht für: 1 Kubikmeter Brennholz, 1 Zentner Steinkohlen und 100 Stück Britetts. Weiter war befragt worden: Die Höhe der Staats- und Gemeindesteuer und die Wohnungspreise (jährlicher Mietpreis für eine Wohnung von 1 Stube, 1 Kammer, 1 Küche und Zubehör; 2 Stuben, 1 Kammer, 1 Küche und Zubehör). Zum Schluß wird noch die Frage nach dem Preise für die volle Pension im bürgerlichen Hause gestellt. Wie man sieht, eine erhebliche Arbeit für die Behörden und eine kaum zu bewältigende für das Tarifamt. Zieht man dabei in Betracht, daß das gelieferte Material vor seiner Bearbeitung einer Prüfung zu unterziehen ist und daß dasselbe auch nachträglich noch eine Unmasse Korrespondenzen erforderte, so muß auch die Gehilfenschaft, in deren Interesse vornehmlich diese Statistik gelegen ist, dem Tarifamte den größten und aufrichtigsten Dank für diese Arbeit zollen. Vergessen darf nicht werden,

Gesamtergebnis der Preisveränderung der einzelnen Artikel in 650 Orten.

	Rindfleisch	Schweinefleisch	Lammfleisch	Hammelfleisch	Butter	Schweinefett	Weizenmehl	Roggenbrot	Reis	Kaffee	Zucker	Eier	Kartoffeln	Milch	Lagerbier
Gestiegen in	621	621	618	590	529	566	317	304	154	148	59	457	387	348	32
Gefallen in	2	3	3	3	22	19	38	29	58	109	466	16	78	5	1
Unverändert in	12	9	14	25	75	48	253	268	397	360	74	150	148	274	575
Nicht ermittelt in	15	17	15	32	24	17	42	48	41	33	51	27	37	23	42

Diese Ziffern sprechen wohl eine beredete Sprache, denn das Fleisch ist von 650 Orten in 621, 621, 618 und 590 Orten gestiegen, die Butter in 529, das Schweinefett in 566, das Mehl in 317 und 304, das Brot in 304, Eier, Kartoffeln und Milch in 457, 387 und 348 Orten. Dabei darf man nicht vergessen, daß das behördliche Material 1901 von 388 Orten eine Steigerung der Preise seit 1896 nachwies für: Rindfleisch in 168, Schweinefleisch 247, Kalbfleisch 242, Hammelfleisch 192, Butter 232, Schweinefett 155, Mehl 152, Brot 181, Eier 222, Kartoffeln 155 und Milch in 139 Orten. Also eine ununterbrochene Steigerung aller Lebensmittel seit 1896!

daß in Anbetracht dieser sich auf das ganze Reich ausgedehnten Statistik bei deren Bearbeitung die verschiedenartigsten technischen Verhältnisse in der Form der Festlegung der Steuern, der Verkaufsart, der Begriffe bei der Wohnungsfrage usw. einer gewissen Einseitigkeit in der Beantwortung hindernd in den Weg traten, weshalb die Bemerkungen (Seite 3 bis 5) zu der Gesamtstatistik aufmerksam beachtet werden müssen. Auch sonst dürften da und dort ungewollte, aber nicht zu beseitigende Ungenauigkeiten mit unterlaufen sein, wie das nun einmal bei einer so umfassenden, vielseitigen und eigenartigen Statistik nicht anders der Fall sein kann.

Um zu zeigen, wie der Effekt der Fragebeantwortung in den Jahren 1901 und 1905 sich gestaltete, mag eine Gegenüberstellung der einzelnen Ziffern beweisen. Es beantworteten aus Städten mit tariffreien Firmen die Fragen:

Preis	1905		1901	
	Städte m. tariffr. Druckereien	beantwortet aus Städten	Städte m. tariffr. Druckereien	beantwortet aus Städten
I.	230	75	165	50
II.	226	74	113	30
III.	126	41	92	21
IV.	221	91	115	42
V.	232	71	140	46
VI.	138	69	103	48
VII.	179	81	141	49
VIII.	99	50	59	31
IX.	208	98	91	62
	1659	650	1019	388

Somit haben 1901 aus 1019 Städten mit tariffreien Druckereien 388 Kommunalbehörden (38 Proz.) und 1905 aus 1659 solchen Städten 650 (39 Proz.) die vom Tarifamte gestellten Fragen beantwortet. Da im ganzen nur etwa 750 Fragebogen versandt wurden, so haben 90 Proz. der Kommunalbehörden die Fragebogen beantwortet; man kann also mit dem erzielten Resultate wohl zufrieden sein.

Inwieweit nun das behördliche Material den Nachweis liefert, daß eine allgemeine Teuerung eingetreten ist, soll an den nachstehenden Gesamtziffern dargestellt werden:

Das Bild wird aber noch trister, wenn man aus der Statistik erfieht, wie gerade die Klein- und Mittelstädte von dieser Teuerung betroffen werden und vielfach in den Kleinstädten die Lebensmittel noch teurer sind als in den Großstädten. Aber selbst unter den Kleinstädten wieder variieren die Preise für einzelne Artikel ganz erheblich, was uns erst durch das schätzbare Material dieser Statistik erschlossen wird.

Interessant ist, wie die Statistik das Steigen und Fallen der Lebensmittelpreise gegenüber 1901 nach der Zahl der Orte zusammengefaßt hat, wobei besonders die Spezialisierung nach den Größenverhältnissen der Orte befriedigt;

In Orten von	+ mehr weniger	299	299	297	278	254	269	151	152	67	68	35	202	165	178	8
unter 10000 Einwohnern	+	299	299	297	278	254	269	151	152	67	68	35	202	165	178	8
mehr als 10—20000 Einw.	+	126	125	124	117	108	119	68	66	31	23	13	86	74	66	10
" " 20—30000 "	+	71	73	73	71	62	66	40	34	23	26	6	59	50	35	7
" " 30—50000 "	+	53	51	50	51	47	49	28	26	11	13	2	43	41	31	3
" " 50—70000 "	+	24	24	23	25	20	21	13	15	6	8	1	23	22	21	3
" " 70—100000 "	+	12	13	13	12	8	10	5	5	7	3	—	11	9	5	—
" " 100—200000 "	+	20	19	20	19	13	15	8	3	6	5	2	16	15	6	1
" " 200—500000 "	+	13	13	13	12	13	12	3	2	1	1	3	5	11	1	—
über 500000 "	+	3	4	5	5	4	2	1	1	2	1	1	1	5	1	—

Diese Ziffern sprechen für sich selbst und bedürfen eine weitere Erläuterung nicht mehr. Fleisch, Brot, Kartoffeln und Milch, diese Hauptnahrungsmittel, sind fast überall in die Höhe gegangen, in welchem Maße, davon geben die Ziffern bei den einzelnen Orten Auskunft, wengleich sich hierbei, wie sich bei näherer Nachprüfung herausstellte, manch bedenkllicher Irrtum zumungunsten der Gehilfen eingeschlichen hat.

Mit der Verteuerung der Lebensmittel geht naturgemäß auch eine Verteuerung der vollen Pensionspreise für alleinlebende Personen Hand in Hand. Es trat dann auch von 650 Orten in 429 Orten eine Steigerung und nur an 4 Orten eine Verminderung der Pensionspreise ein, während die Preise in 138 Orten unverändert blieben; von 79 Orten waren Angaben nicht gemacht worden. Da diese Pensionspreise ebenfalls einen unzweifelhaften Gradmesser für die eingetretene Teuerung abgeben, so wollen wir eine kleine Anzahl Orte nennen, in denen der Pensionspreis seit 1901 um 100 und mehr Mark pro Jahr gestiegen ist. Es erhöhte sich der Pensionspreis um Markt pro Jahr: Bremenhaven 170, Delmenhorst 132, Gedenförde 120, Geestemünde 120, Ludwigslust 200, Neumünster 100, Cleve 100, Dülken 100, Hörde 120, Ritzdortmund 120, Sterkrade 180, Stolberg (Hild.) 110, Mäy (Hheinbeffen) 120, Biebrich a. Rh. 104, Darmstadt 120, Dillenburg 109, Heppenheim 100, Vimbürg a. L. 100, Schmalkalden 150, Schwanheim a. M. 146, Soden 104, Kolmar i. Elz. 146, Heidelberg 100, Kirchheim u. L. 170, Konstanz 120, Pforzheim 120, Saargemünd 220, Schwab.-Gmünd 150, Waldbüsch 120, Zabern 140, Bamberg 120, Landsküt 100, Straubing 100, Wörthshofen 110, Vera 104, Gestungen 135, Götta 108, Heddingen 104, Meiningen 146, Osterwieck (Harz) 156, Weida (Thür.) 104, Weimar 125, Buchholz i. S. 100, Pirna 120, Riesa 120, Berlin 120, Köpenick 120, Friedenau 150, Fürstentum (Spree) 192, Ober-Schönweide 120, Prenzlau 100, Spandau 156, Templin 168, Weißensee 182, Zehdenick 180, Wittwasser 104, Utkam 104, Wojanowo 180, Gnesen 120, Gottesberg i. Schl. 115, Graudenz 104, Gumbinnen 120, Roschin 104, Vissa i. P. 146, Marienwerder 104, Nicolai 144, Oppeln 100, Posen 204, Raftenburg 110, Schönau (Ragbach) 100, Schimm 180, Tiffit 100, Wölln 120, Wollstein 150 und Zabrze 110 Mark. Dieses Material weist unzweifelhaft nach, wie allgmein die herrschende Teuerung ist und daß für den Lebensunterhalt sich die Begriffe Großstadt und Provinz völlig aufheben. Unsere Großstädte, diese „Wasserköpfe der Zivilisation“, mit ihrem ungeheuren Bedarfe an Lebensmitteln verteuern diese an allen Orten des Reiches.

Das Kapitel der Wohnungspreise erfährt ebenfalls durch die Statistik die gewünschte Beleuchtung. Danach waren für eine Wohnung, bestehend aus 1 Stube, 1 Kammer, 1 Küche und Zubehör die Mieten in 352 Orten gestiegen, in 11 Orten gefallen, in 238 Orten unverändert geblieben und in 49 Orten war nichts zu ermitteln. Die Preissteigerung bewegte sich in der Höhe von 1 bis 105 Mk. pro Jahr. Für eine Wohnung, bestehend aus 2 Stuben, 1 Kammer, 1 Küche und

Zubehör waren die Mieten in 365 Orten gestiegen, in 15 Orten gefallen, in 220 Orten unverändert geblieben und von 50 Orten war nichts zu ermitteln. Die Preissteigerung bewegte sich in der Höhe von 3 bis 125 Mk. Die Verteuerung der Mieten ist in der Hauptsache in den kleinen und Mittelstädten eingetreten, während die Städte mit über 70000 Einwohnern von den Mietssteigerungen so gut wie verschont blieben. Ein weiterer Beweis für die Tatsache, daß allmählich auch die den Klein- und Mittelstädten eigne Situation der billigeren Wohnungen sich in das Gegenteil zu verkehren beginnt und die Lage unserer Provinzkollegen eine wenig beneidenswerte ist.

Was nun die Beantwortung der Frage nach den Staats- und Gemeindesteuern betrifft, so ist hier die Beantwortung in Anbetracht schwieriger Ermittlungsverhältnisse eine unvollkommene. Das Tarifamt sagt hier u. a.: „Während die überwiegende Mehrheit der Städte unter ‚Gemeindesteuer‘ nur die Abgaben für kommunale Zwecke genannt und aufgeführt hat, ist bei einzelnen Städten unter der ‚Gemeindesteuer‘ alles zusammengefaßt worden, was außer der Staatssteuer an Steuern entrichtet wird, als da sind: Kreis-, Distrikts-, Schul-, Kirchen-, Mietssteuern usw.“ Die Staatssteuern konnten nur in summarischer Weise angegeben werden. Die Fragestellung des Tarifamtes lautete bezüglich der Staatssteuer auf Feststellung der jährlichen Steuer bei einem Einkommen von 1050 bis 1200, 1201 bis 1350, 1351 bis 1500 Mark. Soweit möglich, wollen wir die Ergebnisse dieser Fragen tabellarisch wiedergeben, wobei ausdrücklich bemerkt sei, daß einzelne Ziffern nicht ein absolut genaues Resultat darstellen, weil entweder andere Steuerstufen noch eingeschoben sind, oder die Höchstgrenze (1500 Mark) nicht erreicht oder überschritten (1600 Mark) wird. Doch waren wir bemüht, einen Durchschnitt zu finden. Die Beantwortung bezüglich der Staatssteuern gestaltet sich also wie folgt:

Staat	Einkommen: 1050-1200 Mk. Jährl. Steuer Mk.		Einkommen: 1201-1350 Mk. Jährl. Steuer Mk.		Einkommen: 1351-1500 Mk. Jährl. Steuer Mk.	
	1901	1905	1901	1905	1901	1905
Preußen	9,—	9,—	12,—	12,—	16,—	16,—
Bayern	4,—	4,—	5,—	5,—	6,—	6,—
Sachsen	10,—	13,—	13,—	16,—	16,—	20,—
Württemberg	5,—	7,—	7,—	9,—	9,—	11,—
S.-Weimar-Gienach	18,—	18,—	21,—	21,—	24,—	24,—
S.-Meiningen	20,—	20,—	23,—	23,—	28,—	28,—
S.-Koburg-Gotha	18,—	20,—	23,—	23,—	24,—	26,—
Schwab.-Stadollst. Sonderst.	18,—	18,—	24,—	24,—	30,—	30,—
Reuß ä. L.	13,50	13,50	16,20	16,20	18,90	18,90
Reuß j. L.	1,80	1,80	2,—	2,—	2,—	2,—
Anhalt	4,80	6,90	6,40	9,20	8,—	11,50
Waldeck-Pyrmont	15,—	15,—	18,—	18,—	21,—	21,—
Braunschweig	6,—	7,80	7,—	9,10	8,10	9,40
Hamburg	9,80	8,40	11,90	10,20	14,—	12,—
Bremen	12,—	9,75	16,—	13,—	18,—	14,60
Lübeck	15,—	16,—	17,—	19,—	19,—	22,—
Dresden	15,—	18,13	19,—	22,96	19,—	22,96
Wien	10,—	12,—	11,25	13,50	12,50	15,—
Mecklenburg-Strelitz	2,70	3,30	2,70	3,30	2,70	3,30
Schles.-Böhmen	?	?	?	?	?	16,—

Das Steigen und Fallen der Gemeindesteuern gegenüber 1901 stellt sich in den drei ge-

nannten Einkommenklassen wie folgt dar: Bei einem Einkommen von 1050 bis 1200 Mk. stieg die Steuer in 307 Orten, fiel in 57 Orten, blieb in 178 Orten unverändert, und in 108 Orten war nichts zu ermitteln. Bei einem Einkommen von mehr als 1200 bis 1350 Mk. stieg die Steuer in 298 Orten, fiel in 57 Orten, blieb in 175 Orten unverändert, und in 120 Orten war nichts zu ermitteln. Bei einem Einkommen von mehr als 1350 bis 1500 Mk. stieg die Steuer in 303 Orten, fiel in 54 Orten, blieb in 176 Orten unverändert, und in 117 Orten war nichts zu ermitteln. Die Orte, in denen nichts zu ermitteln war, dürfen wohl größtenteils den Orten mit erhöhter Steuerleistung zugerechnet werden.

Bzüglich des Steigens und Fallens der Preise für Brennmaterialien war folgendes zu ermitteln: Der Preis der Steinkohlen stieg in 305 Orten, fiel in 136 Orten, während der Preis in 156 Orten unverändert blieb und aus 53 Orten nichts ermittelt werden konnte. Der Preis für 100 Stück Briquets (in einzelnen Orten wird nach Gewicht gerechnet) stieg in 198 Orten, fiel in 78 Orten, blieb in 284 Orten unverändert und war in 90 Orten nicht zu ermitteln. Der Preis des Brennholzes (Lochm) stieg in 325 Orten, fiel in 38 Orten, blieb in 229 Orten unverändert und war in 58 Orten nicht zu ermitteln. Also auch hier eine fortschreitende Preissteigerung, und es beruht eigentümlich, wenn beispielsweise aus einer Kohleegend selbst (Wilkau i. S.) gemeldet wird, daß der Zentner Steinkohlen von 1,25 Mk. 1901 auf 1,80 Mk. in 1905 gestiegen ist.

Auf allen Gebieten also ein Anziehen der Preise und im günstigsten Falle ein Beharren in der gegebenen Preislage. Rechnet man noch hinzu, daß die Behörden bei aller Objektivität doch immer geneigt sein werden, im Zweifelsfalle nach unten abzurunden oder für das gewonnene Material nicht immer den Durchschnittspreis festzustellen vermögen, oder den Großhandelspreis des öfteren heranzuziehen, haben werden, dürfte die seit 1901 eingetretene Teuerung auch den Prinzipalen unanfechtbar nachgewiesen sein. Geringsfügige Schwankungen an einzelnen Orten können das Gesamtbild nicht irreführen. Um allen Kritikern an dieser Statistik von vornherein zu begegnen, wollen wir die Kollegen darauf verweisen, daß etwaige Irrtümer nicht beabsichtigt sind, sondern sich aus der Schwierigkeit der Materie von selbst erklären. Zur sachlichen Richtigstellung bei der Besprechung der Statistik im Tarifauschusse wollen man daher, soweit notwendig, die Gehilfenvertreter mit begründeten Nachweisen ausrüsten, denn uns allen kann nur daran liegen, festzustellen, was ist. Es ist natürlich unmöglich, das gesamte vorliegende Material einer Besprechung zu unterziehen, deshalb empfehlen wir nochmals den Mitglieder der Tarifgemeinschaft der Statistik, um diese einzig dastehende Arbeit allerorten dem Gewerbe und unseren Kollegen nützlich machen zu können.

Tarifgemeinschaft und Buchdruckerverband.

Unter dieser Stichmarke befaßt sich in Nr. 35 auch das „Kölpingblatt“ (Organ der katholischen Gesellenvereine) mit der bevorstehenden Tarifkonfession. Durch ein Referat des Kollegen Seig in Münden ist ihm bekannt geworden, daß der Tarif in diesem Jahre nicht mehr in der bisherigen Form, sondern von Organisation zu Organisation abgeschlossen werden soll. Daß das „Kölpingblatt“ den Buchdruckerverband kurzweg als den sozialdemokratischen bezeichnet, nehmen wir ihm weiter nicht übel, es darf uns ja nicht anders bezeichnen.

Das Blatt ist nun untrüflich darüber, weil bei diesem Abschluß der auf „christlich-nationaler Grundlage“ stehende Gutenbergbund, dessen Mitgliederzahl auf 3000 angegeben ist, sowie der „Christliche graphische Verband“ (ohne Angabe der Buchdruckermitglieder, wahrscheinlich um sich mit der großen Zahl — etwa zwei Duzend — nicht lächerlich zu machen) bei diesem Abschluß außer Betracht kommen sollen. Nachdem dann noch einige Takte das Register vom Terrorismus gezogen ist, schließt der Artikel mit dem allerdings recht unchristlichen Wunsch, daß unter diesen Umständen die ganze Tarifgemeinschaft am besten beim Teufel wäre. Forderungswelche Erwiderungen darauf zu geben, ist vollständig zwecklos, da in diesem Falle

auch das „Kölpingblatt“ unter die „Gezer von Beruf“ gegangen ist, mit denen sich nicht streiten läßt.

Wir haben es bisher unterlassen, uns mit der Tätigkeit beschäftigen zu befehlen, indem wir ja auch im dortigen Lager unsere wohlverdiente Ruhe fanden; aber aufgefordert, sind wir gern dazu bereit, damit die Herren sehen, daß wir auch über die Vorgänge in ihrem Kreise recht gut unterrichtet sind, vielleicht mehr als ihnen lieb ist.

Am meisten gewundert hat uns das warme Geiz, das für die Christlichen in diesem Artikel schlägt, und diese werden wiederum froh sein, diese tüchtige Stütze zu besitzen, ohne indessen zu ahnen, daß schon seit langer Zeit ein systematischer Feldzug im katholischen Gesellenvereine gegen die Christlichen im allgemeinen geführt wird.

Dieses ist auch für den Ueingekehrten verständlich, wenn man bedenkt, daß 1. recht viele Mitglieder des Gesellenvereins gleichzeitig christliche Gewerkschaftler sind, und 2. die Politik des Gesellenvereins und der Gewerkschaften sich vollständig entgegenstellen. Der erste treibt Handwerker-, die zweiten (wenn auch nicht immer) Arbeiterpolitik. Der Zweck des ersten ist es, recht viele kleine Meister auszubilden, und diese können natürlich nur dann existieren, wenn es ihnen möglich ist, sich mittels niedriger Löhne über Wasser zu halten. Diesen Standpunkt aus der guten alten Zeit Kølping's teilen selbstredend die Gewerkschaften nicht; ihnen ist es klar, daß das Handwerk längst der Fabrik überliefert worden und ihnen die Möglichkeit zur Selbstständigkeit fast vollständig benommen ist, und suchen daher ihre Lebenslage als Gesellen soweit als möglich zu verbessern. Ein weiterer Punkt, der den Widerspruch der leitenden Gesellenvereinskreise herausfordert, ist die Erziehung, die die Mitglieder in den Gewerkschaften erfahren. Während in den Gesellenvereinen das alte gute patriarchalische Verhältnis besteht, wo der Präses in allen Fragen allein und die Mitglieder nichts zu sagen haben, wird den letzteren in den Gewerkschaften eine freiere Richtung anzuzeigen, ein Mitbestimmungsrecht überall eingeräumt, und was nimmt es da Wunder, daß die Mitglieder das in den Gewerkschaften Gelernte auch im Gesellenvereine anfangen zu fordern.

Da mußte denn ein Niegel vorgeschoben werden, und langsam aber sicher fängt die Bewegung an, ihre Wellen zu schlagen.

Man beginnt die Forderungen der Geßissen als zu weitgehend zu bezeichnen, als eine Sucht, es den „freien“ nachzumachen bzw. diese noch zu überbieten, führt den Geßissen vor Augen, daß auch sie einmal Meister werden wollen usw.

Vorläufig wird die Sache allerdings noch im stillen betrieben, aber die Zeit dürfte nicht mehr weit sein, wo man auch damit in die Öffentlichkeit tritt und ihnen den Krieg erklärt.

Soviel ist sicher: Entweder die christlichen Gewerkschaften „revidieren“ sich rückwärts oder die Gesellenvereine kündigen ihnen die Freundschaft.

Diese Zeilen haben den Vorzug, den Tatsachen zu entsprechen.

Korrespondenzen.

Th. Apenrade. Die am 5. September im hiesigen „Stadttheater“ abgehaltene Allgemeine Buchdrucker-Versammlung darf wohl mit Recht als die bedeutungsvollste und schönste innerhalb der hiesigen Geßissenchaft bezeichnet werden. Daß schon der Name des Referenten auf die hiesigen Kollegen eine besondere Anziehungskraft ausgeübt hatte, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß die hiesigen Kollegen sämtlich erschienen waren. Es waren außer den hiesigen auch Kollegen aus Gadersleben sowie weiter Vertreter der Prinzipalität, der städtischen Behörden (darunter der Herr Bürgermeister), der Presse wie der hiesigen Gewerkschaften erschienen. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet und die Anwesenden begrüßt hatte, erteilte derselbe dem Referenten Kerschhäuser zu seinem Vortrage über: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker und die Tarifgemeinschaft“, das Wort. Derselbe schilderte in einem einhellstündigen Vortrage die wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb des Buchdruckgewerbes und führte den Anwesenden in klarer und verständlicher Weise die Vorteile einer festen und guten Organisation vor Augen. Mit sichtlichem Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten, und als Redner am Schlusse seiner Ausführungen angefangen war, zeitigte der denselben gezollte Beifall wohl am besten den Beweis, daß er von den Anwesenden verstanden und dieselben voll und ganz mit seinen Ausführungen einverstanden waren. Nachdem die Diskussion erledigt war, ergriff Kollege Kerschhäuser nochmals das Wort zum Schlusse, in welchem er dem Wunsch Ausdruck gab, daß sich das im hiesigen Ortsvereine bestehende gute Einvernehmen der Kollegen in der Zukunft sich weiter entwickeln möge, und die der Revision folgende Tarif-einführung ohne besondere Schwierigkeiten von der hiesigen Mitgliedschaft bestritten werden möge. Hierauf gab Kollege Peter sen noch dem Wunsch Ausdruck, daß unsere nächsten Versammlungen seitens der Kollegen ebenso gut besucht werden möchten, wie es heute Abend der Fall war, und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die Versammlung. Erst in später Stunde trennten sich die Kollegen, was es doch das erste und, was ja allerdings nicht zu erhoffen wäre, vielleicht das letzte Mal, daß der hiesige Ortsverein einen ihrer Verbandsgrößen in ihrem Kreise begrüßen durfte.

Rz. Ullrich. (Brandenburgischer Maschinen-sekerverein — Vereinsversammlung vom 2. September.) Unter „Vereinsmitteilungen“ monierte der Vorsitzende

anlässlich verschiedener Vorkommnisse das untaktische Verhalten einiger Kollegen, das den Hyperadialismus verkörperte, aber wenig geeignet sei, der Organisation Dienste zu leisten, vielmehr das Geschaffene vollständig niederreiße. Er beruft sich auf das Verbandsstatut und rügte die einzelnen Fälle, die nur angetan seien, den Arbeitsmarkt zu belasten. In der Diskussion ergriffen nur die in Frage kommenden Kollegen das Wort zur Zurückweisung des vom Vorstande eingenommenen Standpunktes. Letzterer berief sich auf den Status quo und legte in kurzen Worten die Sache nochmals klar, die sein Vorgehen voll und ganz rechtfertigen. Nach Erledigung verschiedener Interna, welche eine eingehende Auslegung der Versammlungsbeschlüsse des Vereins von seiten des Vorstandes zeitigten, berichtete der Vorsitzende Jopp über seine Agitationsreisen nach Brandenburg a. S. und Jossen und führte dabei etwa folgendes aus: Ein unliebsamer Vorfall in der Offizin W. in Brandenburg a. S. veranlaßte den Vorstand, einen Delegierten zu entsenden, um Klärung zu schaffen. In betreffender Offizin arbeiten seit etwa 1 1/2 Jahren zwei Typographmaschinen in Doppelsschicht: die erste Schicht (zwei Kollegen) von früh 6 Uhr bis nachmittags 2 Uhr in effektiver Arbeitszeit, die zweite Schicht (zwei Kollegen) von 8 bis 12 Uhr morgens im Handfabe, von 2 bis 7 Uhr nachmittags an den Maschinen (fünf Stunden), also in deutscher Arbeitszeit 8 1/2 Stunden erll. Paufen. Diese letztere Arbeitszeit, eine tarifwidrige, bestand seit Einführung der Maschinen. Nur insolge Unkenntnis der ergangenen Schiedsgerichtsurteile konnten die betreffenden Kollegen 1 1/2 Jahr eine halbe Stunde täglich in der zweiten Schicht zu viel arbeiten. Denn die Schiedsprüche ergeben darin, daß, sobald die Arbeitszeit an der Maschine um die Hälfte überschritten wird, Entlohnung und Arbeitszeit nach § 34, also die für Maschinenjäger, in Kraft zu treten haben. Da Zeitungsbetrieb in Frage kam, durften die Gezer nur acht Stunden arbeiten und nicht, wie geschehen, 8 1/2 Stunden. Alle vier Kollegen sind dem Handsegerpersonale entnommen und in W. in Brandenburg von 14 Tagen an der Maschine ausgebildet worden. Infolge Unkenntnis des tariflichen Arbeitsverhältnisses haben nicht nur die beiden Kollegen der zweiten Schicht eine halbe Stunde dem Tarife zuwider gearbeitet, sondern die ganzen Mannmengen der zweiten Schicht ertragen müssen. Man sollte nun ohne weiteres annehmen, daß, nachdem den Kollegen das Organisationswibrige ihres Verhaltens vor Augen geführt, sie sofort in den Austausch des Schichtwechsels von Woche zu Woche gewilligt und sonach nur ihre Pflicht als Verbandsmitglieder erfüllt hätten. Aber weit gefehlt. Während ein Kollege der ersten Schicht sich bereit erklärte, in den Austausch der Schichten zu willigen, erklärte der andre, wohl im „Prinzip“ dafür zu sein, daß er aber die weiteren Maßnahmen des Vorstandes erst abwarten wolle. Dieser Startpunkt d'herfür muß durch eine richtige Beleuchtung, daß die Geschäftsleitung gar kein Interesse an der Fortführung des einseitigen Arbeitsverhältnisses zeigte, das nur Unfrieden in die Offizin trage. Das tarifliche Arbeitsverhältnis der zweiten Schicht wurde nach Vortelligenwerden seitens des Vertrauensmannes von der Geschäftsleitung sofort geregelt. Die Regelung des Wechsels der Schichten wurde den Kollegen überlassen. Der Vorsitzende betonte, daß die Kompetenz des Brandenburgischen Maschinensegervereins leider hier eine Grenze habe; aber wenn der Bezirksverein Brandenburg die Kollegen nicht zur Einkehr bewegen könne, der Dergauvorstand angerufen werden solle. Der Delegierte von Brandenburg befähigte voll und ganz diese Darlegungen und hob hervor, daß er und sein Mitarbeiter es an Entgegenkommen nicht haben fehlen lassen. Erst als Jopp kurz und bündig erklärte, von einem Kaufhandelsprojekte könne unter den in Frage kommenden Verhältnissen keine Rede sein, sondern der Vorstand fordere Gleichberechtigung, verlangten er und sein Kollege Schichtwechsel von Woche zu Woche. Die Versammlung nahm mit lebhaftem Interesse den Sachverhalt auf, wie auch sämtliche Diskussionsredner den Verbandsstandpunkt vertraten; Schichtwechsel habe stattzufinden, sage man sich nicht, nun, so müsse vorerst der Bezirksverein sein scharfes Wortlein sprechen. Hierauf berichtete der Vorsitzende über das Ergebnis der Jossener Reise folgendes: Unter den Maschinenseger der Deutschen Buch- und Kunstdruckerei machte sich eine arge Flaubeit bemerkbar, so daß in letzter Zeit für den Verein nicht einmal ein Vertrauensmann zu ermitteln war. Zu der anberaumten Sitzung waren acht Mitglieder, drei Nichtmitglieder, ein Vertreter der genannten Jossener Offizin und als Gäste der Bezirksvorstand, Kassierer und Schriftführer erschienen. Nachdem in eingehender Weise die Notwendigkeit eines festen Zusammenchlusses dargelegt worden war, wurde in der Schilderung des Arbeitsverhältnisses der Monotypetafter ebenfalls festgestellt, daß die Geschäftsleitung dem Entschiede des Tarifamtes vom 22. Mai 1905, wonach die Monotypie als eine Segmaschine im Sinne des § 34 Wf. a anzusehen sei, und sonach für Werfseher acht Stunden Gehalt, die übrige Stunde als Ruhezeit zu gelten habe, nicht nachgekommen ist. Die Gezer, die zumeist vom Geschäft ausgebildet wurden und sehr häufig wechselten, tippien vielmehr wader 8 1/2 Stunden, während der Tarif acht Stunden vordreißt. Trotz des Vordrechens des Herrn Wagner in einer Bezirksversammlung, die vor Bekanntgabe des Entschides stattfand, sich einem Entschiede anpassen zu wollen, wurde 1 1/2 Jahre fortgewurft. Dieser Zustand zeige, wie notwendig der Anschluß an die Spezialvereinigung sei. Erst dem Eingreifen des Brandenburgischen Vereins sei es beschieden gewesen, den wirklichen tariflichen Zustand herzustellen. Der Vertreter der Geschäfts-

leitung erklärte hierauf, daß er die Ermächtigung bereits erlangt habe, die Monotypetafter nur acht Stunden setzen zu lassen. Die Diskussion ergab eine allseitige Beurteilung der Sachlage der Kollegen sowie allgemeine Anerkennung der Maßnahmen des Vorstandes. Nachdem noch auf den Artikel in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ betreffs der Gehaltsfrage sowie auf die am 24. September d. J. stattfindenden Tarifverhandlungen hingewiesen, insbesondere auf die von den Kreisen II bis IX von Prinzipalseite gestellten Vträge, die speziell unsere Sparte betreffen, und der Standpunkt des Maschinensegervereines diesen Vträgen gegenüber klar hervorgehoben, wurde nach Ausnahme von sechs Kollegen die Versammlung geschlossen.

n. Darmstadt. Zu der am 2. September im „Berke“ abgehaltenen Außerordentlichen Bezirksversammlung hatte unser Gauvorsitzer Fuß das Referat übernommen, um über die zu der diesjährigen Tarifrevision gestellten Vträge zu sprechen. In einhellstündiger Rede führte uns Kollege Fuß die Forderungen der Geßissen vor Augen, namentlich betonend, daß von der Erhöhung der Grundpositionen um 15 Proz. unter keinen Umständen abgegangen werden könne. Ferner äußerte sich Redner noch eingehend über die Verfüzung der Arbeitszeit und über die Beihilfsfrage, auch über den von Organisation zu Organisation abzuschließenden Vertrag wurden von ihm entsprechende Mitteilungen gemacht. Reicher Beifall lohnte zum Schlusse den Kollegen Fuß für seinen Vortrag. Zur Diskussion hatte sich nur ein Redner gemeldet und wurde auch dessen Ausführungen sehr beifällig von der Versammlung aufgenommen. Hierauf gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute im „Berke“ tagende Außerordentliche Bezirksversammlung, die von 196 Kollegen besucht ist und zu welcher Kollege Fuß das Referat übernommen hat, nimmt Kenntnis von den auf der Gauvorsitzer- und Geßissenvertreterkonferenz gestellten Vträgen zur diesjährigen Tarifrevision, und ist befreit, dieselben mit aller Energie zur Durchführung zu verhelfen. Gleichzeitig erwartet sie jedoch auch von den Geßissenvertretern, die gestellten Vträge mit aller Entschiedenheit zur Annahme zu bringen, da die Versammlung in denselben das Mindestmaß ihrer Forderungen erblickt.“ Nachdem Kollege Fuß in seinem Schlussworte noch zur Einigkeit ermahnt, damit die Geßissenchaft als geschlossenem Ganze hinter ihren Führern stehe, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

St. Dresden. Es hat zu einiger Beunruhigung geführt, daß unter den durch Nr. 101 des „Korr.“ beantragten Lokalaufschlägen die Mitgliedschaften des Gaus Dresden fehlten; auch könnte es scheinen, als ob der Vorort Dresden mit seinem Beschlusse vom 28. August post festum käme. Zu diesem liegt keine Veranlassung, da aus dem Gau Dresden die folgenden Lokalaufschlagsanträge rechtzeitig beantragt wurden: Bautzen 10 Proz., Bischofswerda 5 Proz., Döbeln 5 Proz., Dresden Lokalaufschlag wie Leipzig, Freiberg 5 Proz., Öbmitzschafften wie Dresden, Meißen 2 1/2 Proz., Pirna 5 Proz., Zittau 10 Proz. Seine sämtlichen Anträge hatte der Gauverein Dresden in Einigungsorschläge zusammengefaßt, worunter sich folgender Antrag befand: „Die Lokalaufschläge sollen in Zukunft sämtlich von Tarifausschüsse (nicht zum Teile durch die Kreisämter) festgesetzt werden. Die Druckorte, bei welchen ein Lokalaufschlag gerechtfertigt ist, sollen in fünf Klassen eingeteilt werden. Die sechste Lohnklasse bilden somit die Druckorte ohne Lokalaufschlag.“ Diesem Antrage entsprechend waren die von unseren Mitgliedschaften gewinnigsten Vträge in die entsprechende Klasse eingereiht worden. Das bildete die Vorlage zur Gauvorsitzerkonferenz. Wenn nun die letztere dem genannten Antrage ihre Zustimmung versagte, so sind selbstverständlich die einzelnen Anträge der Mitgliedschaften damit nicht gefallen, und es kann lediglich nur auf einem Kreutume beruhen, daß die genannten Lokalaufschlagsanträge in Nr. 101 fehlten. Das Tarifamt und der Geßissenkreistretter sind sofort davon in Kenntnis gesetzt worden, daß für den Tarifkreis VII diese Lokalaufschlagsanträge noch zu beachten sind und so dürfte die Sache ins richtige Gleis gebracht worden sein. Wenn nun der Vorort Dresden den Antrag auf Klasseneinteilung der Lokalaufschläge erneuert hat, so liegen hierzu außer den beachtenswerten allgemeinen Gründen noch solche lokaler Natur vor; es ist unendlich, daß Dresden als einzige Großstadt übrig bleibt, für welche der Tarifausschuss in bezug auf den Lokalaufschlag verfährt. Die Gleichstellung mit Leipzig aber ist ein Patrimonium der „gemiedlichen Restzinsen“.

J. K.-S. Frankfurt a. M. (Zum Jubiläum der „Frankfurter Zeitung“.) Es sei mir gestattet, noch einiges über die Jubelfeier dieses Wlattes zu berichten, das der „Korr.“ unter „Eingänge“ in Nr. 101 in kurzen Zügen streifte. Nachdem am 25. August abends die Festlichkeiten mit einem Kommerje, Begrüßung der Ehren-gäste und auswärtigen Mitarbeiter seinen Anfang nahm, versammelten sich am Sonntag morgen das ganze Personal und hunderte von Freunden im Zoologischen Garten zur akademischen Feier, die aus einer Festouverture, einem Prologe nebst Begrüßungsansprache sowie dem Festvortrag des Direktors des Unternehmens, Herrn Curti, bestand, der in großglänziger Weise den Werdegang, der „Frankfurter Zeitung“ schilderte. Nachmittags 6 Uhr war im Palmengarten die „große Familie“ der Sozietaets-druckerei beifammen, wohl an 700 Personen. Von dem Chefredakteur herab bis zum Laufburfchen war alles in gehobener, freudiger Stimmung. Glaube mir sicherlich, lieber Kollege, was an diesem Abende in Vertilgung von Speisen und Getränken geleistet wurde, grenzt schon ans

Fabelhafte. Die sprichwörtliche Dürftigkeit der Buchdrucker erreichte hier ihren Höhepunkt, und ihre „schwachen Magen“ konnten alles vertragen, bis auf einige, die nachträglich meinten, sie wären infolge der anhaltenden Leuerung schon zu sehr an Broletariatkost gewöhnt. Der Montag kam, in treuer Pflichterfüllung wurde auf die Minute das Blatt fertig gestellt, und das will gewiss was heißen nach solchen „Strapazen“. Der Dienstag Morgen nahte. Ein Gemurmel, ein Flüßern, ein Zusammenstehen der Köpfe. Die Hälse wurden immer länger, und da auf einmal ein Klirren von Gold- und Silberstücken, ein geheimnisvolles Raufen von Papier und —: „Zum fünfzigjährigen Jubiläum der Frankf. Ztg.“ haben Herr und Frau Leopold Sonnemann dem Aufsichtsrat der Frankfurter Societätsdruckerei 100000 Mk. übergeben, welche nach näheren Bestimmungen als ein verzinster Jubiläumssponsus zu Gunsten der Angestellten verwendet werden sollen. Die Verwaltung der Societätsdruckerei beschloß, den in dem Unternehmen beschäftigten Personen als Jubiläumsgabe einen Monatsgehalt bzw. das Viererhalbfache des Wochenlohnes zu überweisen.“ Und nun denke dir, lieber Kollege, so im Besitz einiger „blauer“ oder „grüner Kappen“! Wie hebt sich da das Bewußtsein und was für Ansätze da man gleich hören konnte! Ich konstatierte, daß bei Auszahlung eines solchen „Minimums“ nicht ein einziges unzufriedenes Gesicht zu bemerken war. Aber sicher ist: die ganze Anzahl der Kollegen, die infolge der anhaltenden Leuerung darunter sehr zu leiden hat, konnte für dieses Jahr durch solche namhafte Zuwendung ihren wirtschaftlichen Etat in gesunderer Bahnen lenken. Die Winterferien, die Skatofest, die bekannte teure „Frankfurter Monatsmiete“, all'dies konnte glatt bezahlt werden. Für Muttern sprang eventuell noch ein neues Kleid heraus, und das Oberhaupt der Familie konnte sich noch einige Mark für die kommenden Wochen „süß“ machen. Weider war es dem nun 75jährigen Gründer des Blattes, dem erkrankten Herrn Leopold Sonnemann, nicht vergönnt, unter seiner großen Familie zu weilen. Eine Deputation von drei Herren überbrachte ihm am Vormittage Glückwünsche und das technische Personal bezeugte seinen Dank und die Wertschätzung für ihren Chef durch Ueberreichung einer kunstvoll ausgeführten Mappe. Wenn im Laufe der Jahrzehnte unsere Organisation hier festen Fuß faßte, mancher wirtschaftliche Kampf ausgefochten wurde, der braver Kollegen zwang, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, so wird das in der Geschichte unserer Organisation auch ein Gebotstag bleiben. Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß es immer wieder recht schnell gelang, die verlorene Position zu erobern, und daß die leitenden Personen des Unternehmens sich stets vom Gebanen leiten ließen, mit der Organisation der deutschen Buchdruckerhilfen in Verbindung zu bleiben und ihre jene Anerkennung zuteil werden zu lassen, die sie als ein mächtiger Faktor in wirtschaftlichen Kämpfen sich zu erringen wußte. Daß das gute Einvernehmen zwischen beiden Kontrahenten auch in weiterer Zukunft sich in friedlichen Bahnen bewegen, und daß es uns gelingt, einige noch abseits stehende in unsrer Gilde willkommen zu heißen, sei mein Wunsch. Gaben wir dies erreicht, dann wird der 50jährige Jubeltag der „Frankf. Ztg.“ in meinem von Schicksalen und bitteren Erfahrungen gar oft getrübbten Leben eine der schönsten Erinnerungen bleiben!

S. Hanau. Am 2. September hielt der Bezirksverein Hanau in Alshausen zum Gasthause zum „Stift“ seine Vierteljahrsversammlung ab. Insgesamt waren erschienen 65 Mitglieder. Vorsitzender Müller eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der Anwesenden. Vor Eintritt in die Verhandlungen ehrten die Versammelten die beiden verstorbenen Kollegen Sailex-Hanau und Matzias-Alshausen durch Erheben von dem Eigen. Unter Punkt 2: „Neuwahl des Schriftführers“, wurde Kollege Seidel gewählt. Ein Aufnahmegesuch lag vor und wurde genehmigt; ein Mitglied mußte ausgeschlossen werden. Nach Verlesung des Geschäftsberichts vom I. und II. Quartale und nach Berichterstattung der Revisoren wurde dem Kassierer in üblicher Weise Entlastung erteilt. Hieran anschließend referierte Gauvorsteher Fuhs-Mannheim über „Anträge zur Tarifrevision.“ Jeden Passus eingehend erläuternd, entlegte sich Redner in etwa 1 1/2 stündigen Vortrage seiner Aufgabe. Am Schluß seiner Ausführungen wies er darauf hin, daß nur durch Einigkeit zum vorgesteckten Ziele gelangt werden könne. Redner's Verfall lohnte seine Ausführungen. Nach kurzer Debatte wurde eine Resolution folgenden Wortlautes einstimmig angenommen: „Die am 2. September in Alshausen im Gasthause zum „Stift“ tagende Versammlung des Bezirksvereins Hanau erklärt sich nach Anhörung des Referates des Gauvorstehers Fuhs mit den gestellten Anträgen zur Revision unseres Tarifes voll und ganz einverstanden; sie erblickt in denselben eine nur allüberwiegende Forderung, von der die Gehilfenvertreter unter keinen Umständen abzugehen haben. Die Versammelten verpflichten sich, zu gegebener Zeit mit aller Energie für die aus den Verhandlungen zutage tretenden Ergründungen einzutreten.“ Da unter „Verschiedenes“ nichts wesentliches vorlag, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Odenburg i. G. In der am 1. September abgehaltenen, von leider nur 60 Mitgliedern besuchten Monatsversammlung bildete den wichtigsten Punkt der Tagesordnung die Berichterstattung über die Gauvorsteherkonferenz, welche Gauvorsteher Rosenlehner-Bremen übernommen hatte. Derselbe erklärte einleitend, daß die Berichterstattung zwar etwas spät erfolge, aber er hoffe dadurch, daß er hauptsächlich Punkte behandle,

die noch nicht im „Korr.“ erörtert seien, immer noch Neues genug zu bringen. In fast zweifelhafte Ausführungen erläuterte Redner sodann in klarer und sachlicher Weise die Arbeiten der Gauvorsteherkonferenz, die mit der Sichtung der zur Tarifrevision eingegangenen unzulässigen Anträge ein keineswegs leichtes Werk vollbracht habe, und ging dann auf die einzelnen nunmehr gestellten Anträge näher ein, dabei der Hoffnung Ausdruck gebend, daß die tariftreuen Prinzipale einsehen würden, daß die Forderungen der Gehilfenschaft tatsächlich nur minimale seien. In der hierauf folgenden Diskussion wurde im allgemeinen den Ausführungen des Kollegen Rosenlehner zugestimmt; jedoch wurden auch Bedenken laut, ob die ganze Tarifrevision sich in so ruhigen Bahnen bewegen werde, wie Referent es gewünscht habe. In seinem Schlußworte beantwortete der Gauvorsteher die verschiedenen an ihn noch gerichteten Anfragen ausführlich; auch gelang es ihm, die ausgesprochenen Besichtigungen einzelner Redner zu zerstreuen. Folgende aus der Versammlung eingegangene Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 1. September in der Markthalle zu Odenburg tagende Versammlung des Ortsvereins Odenburg des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erklärt sich nach Darlegung der Verhältnisse mit den Beschlüssen der letzten Kreisversammlungen und der Gauvorsteherkonferenz in bezug auf die Tarifänderungsanträge einverstanden unter der Bedingung, daß die beschlossene Erhöhung der Grundpositionen allen (also auch den über Minimum entlohnten) Gehilfen in gleichem Maße zuteil wird. Die Versammlung erwartet von ihren bewährten Vertretern festes Eintreten für ihre auf das Notwendigste beschränkten, den Leuerungsverhältnissen angepaßten Anträge und verpflichtet sich, mit Nachdruck für die Einführung des Beschlusses einzutreten.“

Bejat Ostpreußen. Zu der am 26. August im Walterschen Restaurant in Stel abgehaltenen Bezirksversammlung waren Kollegen aus folgenden Druckorten erschienen: Marien 3, Emden 11, Leer 7, Norden 6 und Nordseebad Nordener 2. In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung: „Bericht des Gauvorstehers Rosenlehner-Bremen über die Gauvorsteherkonferenz sowie Stellungnahme zu den Anträgen für die bevorstehende Tarifrevision“, hätte der Besuch wohl ein besserer sein können, war doch noch nicht die Hälfte der Mitglieder erschienen. Nachdem der Vorsitzende Preuß die Versammlung mit einem kurzen Berichte über die gegenwärtige Lage des Bezirks eröffnet und Kollege Tammert-Norden einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt war, erfolgte die Feststellung der Präsenzliste. Der Kassierbericht verzeichnet in finanzieller Hinsicht das abgelaufene Halbjahr als besonders günstig. Zwei Anträge des Ortsvereins Emden, und zwar: 1. „Vergabung der Druckmaschinen der städtischen Behörden an die tariflose Druckerei“, 2. „Ein Mitglied des Gauvorstandes möge nach Beendigung der Tarifberatungen nach Emden zur Berichterstattung kommen“, gelangten hierauf zur Berberatung. Zum ersten Antrage wurde beschlossen, weil noch keine Arbeiter in der Bürgerchaft vertreten seien, die Sache für später aufzuheben und dann vom Ortsvereine aus zu betreiben; zum zweiten Antrage wurde man sich dahin schlüssig, den Gauassistenten Weber-Bremen, der mit den ostpreussischen Verhältnissen bekannt ist, als Referenten für die in Emden und Leer im Spätherbste abzuhaltenen Agitationsversammlungen in Aussicht zu nehmen. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde mit großer Mehrheit Emden gewählt. Sodann zeitigten noch die Zustände bei der Firma Friedrichs-Nordener eine längere Debatte. Bereits seit Jahren beschäftigt man sich auf jeder Bezirksversammlung mit dieser Firma, welche zwar im Tarifzeichnisse steht, wo aber in bezug auf die Arbeitsordnung solche Zustände herrschen, daß alle Kollegen nach einigen Wochen diese Kondition wieder verlassen. Da jedoch die Mitglieder daselbst abtreten, ohne genaue Angaben dem Bezirksvorstande zu machen und Antrag auf Streidung dieser Firma im Tarifzeichnisse zu stellen, so wurde beschlossen, daß der Bezirksvorstand sich dieser Firma bei Beginn der nächsten Saison energisch annehmen möge. Nachdem noch die Verlegung der Kasse von Emden, wo es an einem geeigneten Verwalter nach Wegzug des jetzigen fehlen soll, eine Ausspäherung beauftragt, welche dahin ging, daß die Zahlstelle Emden nach wie vor weiter bestehen bleibt, erteilte der Vorsitzende dem Referenten Rosenlehner das Wort zu seinem Vortrage. In klaren und verständlichen Worten entlegte sich Redner in eineinhalbstündigen Ausführungen seiner Aufgabe, auf alle einzelnen Fragen in erschöpfender Weise eingehend. Der Hauptwert müsse auf die Durchführung einer 15prozentigen Erhöhung der Grundposition gelegt werden und kämen die Sozialzuschläge erst in zweiter Linie, jedoch müsse für Emden und die Nordseeinseln eine ausgleichende Berücksichtigung möglich gemacht werden. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, ihrerseits auch voll und ganz auf dem Posten zu sein, schloß Redner seinen Vortrag. Es gelangte im Anschluß hieran folgende vom Kollegen Graver-Norden eingebrachte Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute zur Bezirksversammlung versammelten ostpreussischen Gehilfen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nehmen mit Befriedigung Kenntnis von den Ausführungen des Kollegen Rosenlehner betreffend die Gauvorsteherkonferenz und fordern die Gehilfenvertreter auf, mit aller Energie für die materielle Besserstellung der Gehilfen einzutreten, betonten aber, mit allen erlaubten Mitteln für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse einzutreten.“ Nach einem kurzen Schlußworte des Vorsitzenden Preuß wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Aus Schleswig-Holstein. „Künftige Ereignisse werfen ihre Schatten voraus.“ Während die „Zeitschrift“ in ihrem neuesten Beiratsrat einer Verständigung mit den Gehilfen das Wort erteilt, rüht sich der Zeitungsverlegerverein — zu gleichem üblichen Tun? Die schleswig-holsteinischen Zeitungsverleger halten gar in dem kurzen Zeitraum von 14 Tagen zwei Generalversammlungen ab, um zur Tarifrevision und zur eventuellen Schaffung von Normalzeitungen Stellung zu nehmen. Wenn sich 28 schleswig-holsteinische Verleger nach dem weitestgelegenen Städtchen Lönern begeben konnten, so muß in der Tat außerordentliches auf dem Spiele stehen. Hoffen wir indes, daß in der am 9. September in Lönern der Provinz stattfindenden Versammlung die Herren Verleger, unter denen ja auch eine große Anzahl zu verzeichnen sind, die als Buchdrucker selbst den Winkeln haben geführt, den alten Waispruch „Friede ernährt, Unfriede verzehrt“ nicht vergessen werden. Die emsige Tätigkeit des Zeitungsverlegervereins und Aussprüche einzelner seiner Mitglieder lassen erkennen, daß es unter letzteren nicht an Stimmen fehlt, die von einer Verständigung auf der Grundlage der von den Gehilfen gestellten Anträge nichts wissen wollen. Mag andererseits auch hier der Grundsatz Geltung haben: „Wenn du den Frieden willst, so rühe zum Kriege“, so heißt es doch für die Gehilfen Schleswig-Holsteins, auf der Hut zu sein, damit ihnen nicht plötzlich eine unangenehme Ueber-raschung bereitet wird. Schleswig-Holsteins Zeitungsverleger leben größtenteils in so guten Verhältnissen, daß sie als Buchdrucker den Forderungen der Zeit sehr wohl entsprechen können, wozu denn das Säbelgerassel mit den „Normalzeitungen“? Will man von dieser Seite die Gehilfen zwingen, von ihren berechtigten Forderungen Abstand zu nehmen? Da letzteres vergebliches Beginnen, so wird wohl nur die Schlußfolgerung zutreffen können, daß es eine Reihe von Prinzipalen unter den Zeitungsverlegern gibt, die von vornherein gegen eine Bewilligung von Mehrforderungen Front machen wollen. Demgegenüber kann nur ein Appell an die Gehilfenschaft Schleswig-Holsteins gerichtet werden: Seid einig! Auf welchen Standpunkt sich die schleswig-holsteinischen Zeitungsverleger in ihrer Versammlung am 9. September gestellt haben, ist in der heutigen Nummer unter „Rundschau“ ersichtlich. (Red.)

Rundschau.

Gegen eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung und die beantragte Arbeitszeitverkürzung sprach sich eine am 9. September in Neumünster abgehaltene Versammlung der Zeitungsverleger und Buchdruckerbesitzer Schleswig-Holsteins mit Entschiedenheit aus. Wir nehmen von dieser Dokumentierung des nach rückwärts gerichteten Radikalismus mit deselben Seelenruhe Kenntnis wie von dem Radikalismus in unseren Reihen. Beide Spielarten schlagen wohl kräftig über die Stränge, können aber niemand imponieren; denn hüben wie drüben sind es ja doch nur naive Leute, die lärmend auf den Schilt schlagen, ohne sich über die Veranlassung zu diesem Spektakel recht klar zu sein.

Eine recht unterschiedliche Einschätzung unserer Tarifgemeinschaft findet man jetzt häufiger in Prinzipalkreisen. Wir wollen heute nur zwei tariftreue Druckereibesitzer herausgreifen: den Prinzipal Baumann in Kulmbach und den mehrfachen Zeitungsverleger Spandel in Bamberg. Ersterer ist Inhaber einer kleineren Druckerei und hielt auf dem allgemeinen bayerischen Handwerker-tage im Juli d. J. ein sehr sympathisches Referat über Tarifgemeinschaften. Spandel, dem eine ganze Anzahl von Druckereien gehört, läßt dagegen in seinen „Bamberger Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Diese beiden Vereinigungen (unser Verband und der Prinzipalverein. Red. des Korr.) fanden einen zeitweisen Ausgleich ihrer entgegengegesetzten Bestrebungen in einem Lohntarifabkommen, welches einen gewaltigen Druck auf die außerhalb dieser Gemeinschaft stehenden Arbeiter und Arbeitgeber ausübte. Berichten zufolge vereinigen sich jetzt nun wieder die noch außerhalb dieses Lohntarifabkommens stehenden Buchdruckerbesitzer und die, welche durch Vergewaltigung der Lohntarifgemeinschaft einverleibt wurden, zu einem Schutzverbande, um ihre Interessen der allgewaltigen Tarifgemeinschaft gegenüber zu wahren.“ Das klingt fast ebenso, als ob Alexander Tille diese Zeilen für das Bamberger Blatt geschrieben hätte. Spandel ist freilich in betreff der Tarifgemeinschaft ein sogenannter „Müßpreuße“, zu welcher Gattung auch noch andere große Druckereien gehören, beispielsweise die Faber'sche Druckerei, in deren Hauptunternehmen, der „Magdeb. Ztg.“, neulich ein kundiger Thebaner gleich in verschiedenen Artikeln ähnliche Stoßwörter vernahmen ließ. Diese großen „Müßpreuße“ übersehen aber ganz und gar, daß gerade sie bei Nichtbestehen der Tarifgemeinschaft den kürzeren ziehen würden, denn die Tage der Rosen, d. h. die Zeit, wo man die Gehilfen mit allen möglichen Mitteln beruhigte, ist unwiederbringlich dahin. Sie würden also in einem permanenten Belagerungszustande sich befinden, was vom geschäftlichen Standpunkte doch nicht begehrenswert sein kann.

Hohe Provision für die Vermittlung und Zuweisung von Druckaufträgen verpflichtet in Informatoren die Verlagsbuchhandlung Friedrich Ebbede in Wisa i. B., welche auch einen Buchdruckbetrieb unterhält. Über nicht nur, daß die Firma diese allgemein verurteilte Form der Heranziehung von Druckaufträgen anwendet, nein, sie bemerkt noch mit besonderem Nachdruck, daß sie 25 Proz. (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 107. Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich. Leipzig, den 13. September 1906. Anzeigen kosten: die Komparetzeile 25 Pf.; Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf. 44. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

billiger wie Berlin, 20 Proz. wie Leipzig und 17 1/2 Proz. als Dresden zu liefern in der Lage ist wegen Fehlens eines Lokalaufschlages für Bissa. Es ist einfach traurig, wie sich unsere Prinzipale das Leben jünger machen und dann die Folgen eines solchen geschäftlichen Selbstmordes die Gehilfenschaft ausbaden lassen möchten.

Das Gewerbe eines Preisschleuders muß ein vielseitiges sein, wenn der billige Fabrik bei seinen wahnwitzigen Unterbietungen nicht auf den Hund kommen will, denn leben wollen ja auch diese Schädlinge. Die bekannte Methode: Bringt es nicht das eine, so bringt's das andre, ist auch Geschäftsprinzip bei dem Druckereibesitzer Georg Samel in Reichenbach i. Schl., dem man kürzlich ganz böse Dinge auf dem Gebiete der Schmutzkonkurrenz in der „Zeitschrift“ nachsagte. Samel arbeitet fast nur mit Bebrüngen, und wenn er wirklich einmal einen oder zwei Gehilfen beschäftigt, so erfährt die Bebrüngenzahl einfach eine „angemessene“ Erhöhung. Aber selbst die Bebrüngenzahl könnte den Mann bei seinen Schundpreisen nicht über Wasser halten, darum filirt er als Nebenbetrieb eine — Weinkeipe mit Damenbedienung! Auf diese Weise findet bei Samel eine ausgleichende Gerechtigkeit in seinen Einnahmeverhältnissen statt.

Er braucht einen neuen Anzug, nämlich jener Druckereibesitzer in der großen Mainstadt, mit dem wir uns im vergangenen Jahre schon einmal beschäftigt haben. Die damals auf dem Inzeratenwege ergatterte „neue Klust“ muß wieder abgerissen sein, darum erschien neulich in einer Frankfurter Zeitung folgende Anzeige: „Welches Herrengarderobegeschäft liefert Kleidung und nimmt dafür erstklassige Druckereien als Gegenwert? Da der Gefinnungsgenosse Samels stets Chiffreannoncen gebraucht, kann ihm leider nicht direkt gesagt werden, wach große Verdienste er sich um die Hebung des Buchdruckerwesens erwirbt.“

Wo die nichttarifreuen Gutenberghändler zu finden sind, welche im Bunde schließlich die Mehrheit bilden, wollen wir aus einem besondern Grunde heute an nur einem Beispiele zeigen. In Neustadt (Schl.) erscheint ein Zentrumsorgan, die „Neustädter Zeitung“, deren Herausgeber in puncto theoretischer Arbeiterfreundlichkeit ein tadelloser Mann ist. Diese Druckerei ist nun eine veritable Bündlerdomäne, kein robust beschaffener Buchdrucker entweicht den Forderungen der Druckerei des Herrn Reife. Nun auf einmal ist ein großes Ereignis von dort zu vermelden: Herr Reife will jetzt kurz vor Jahreschluss seinen Getreuen die Tarifanerkennung auf dem Präsentierteller entgegenbringen! Denn gerührt haben sie sich nicht darum, wie sie auch nichts dazu tun werden, daß der Tarif nun wirklich eingehalten wird. So gering wir auch, sonst von dem Hoffächigen Gefasle denken, als er in der letzten Nummer des „Typograph“ zwischen tarifreuen und anderen Gutenberghändlern unterschied, hat er einmal die Wahrheit ausgesprochen. Gemüht unbewußt, denn für gewöhnlich läuft sein Gequassel auf die „Feststellung“ hinaus, daß die „Kulturarbeit“ des Gutenberghändlers die Schusterei in seinen Reihen völlig aufgehoben, der Verband dagegen ein Schulbeispiel für Tariftreue sei.

Ein schlechtes Gedächtnis müssen die Leute der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ haben, die neulich unserm Mitarbeiter Heinrich vom Rhein beschriften, daß Dr. Engel in M.-Gladbach in Gewerkschaftskreisen über die Gewerkschaftsfrage Vorträge gehalten habe. Es liegt uns aber jetzt ein Bericht über eine am 30. August in Wanne abgehaltene, vom dortigen christlichen Gewerkschaftskartelle veranstaltete Arbeiter- und Handwerkerversammlung vor, wonach Dr. Engel ziemlich radikale Ausführungen gemacht, betreffs der Zersplitterung der Arbeiterkraft in so und so viele Richtungen aber auch den bemerkenswerten Satz sprach: „Will jeder ein Eigenbrötler sein, dann wird er vom Kapitale zermalmt, und es fragt kein Teufel danach.“ Das wollten wir nur feststellen.

Unrecht Gut gedeihet nicht, was wiederum ein Seher und ein Steinträger in Rignitz am eignen Leibe erfahren mußten. Wie die „Buchdruckerwoche“ berichtet, fanden die beiden in der Nähe von Wittenberg ein Portemonnaie mit 140 Mk. Inhalt. Statt nun den Fund auf der Polizei abzuliefern und Anspruch auf den gefüglichen Finderlohn zu erheben, wurde das fremde Gut in lustiger Gesellschaft veran. Die Freigebigkeit der beiden stottern Kumpane wurde jedoch so auffällig, daß man die Polizei verständigte. Das Ende vom Liede ist eine sechswohentliche „Scherbfrische“ für jeden der unehrlichen Finder.

In einem grauenhaften Deutsch machen die Zirkulare und Prospekte der Internationalen Wetnaussstellung in Brüssel fleckige für dieses Unternehmen. In einigen Beispielen sei vorgeführt, daß im Auslande eine Druckerei in fehlerfreier Deutsch auszuführen fast eine Unmöglichkeit ist. Man lese z. B.: „faund“ (statt faun), „Zuwobemende“ (zunehmende), „nich“ (nicht), „igre“

(Ihre), „bekaint“ (bekannt). Deutsche Weine oder die anderer Länder findet man so gedruckt: „alle Deutsche weinen“, „andere Französischen weinen“ usw. Das Komitee verspricht an Auszeichnungen auch: „Goldem, Silberem und Bronzeem Medaillen.“ Die n und u werden fortgesetzt verwechselt, die wunderbare Interpunktion zu beschreiben ist einfach unmöglich. Es bedarf wahrhaftig keiner besondern Betonung, daß eine deutsche Druckerei ein solches sprachliches Pflüchprodukt für das Ausland nicht fertig bringt. In keinem andern Lande werden ja so viele fremdsprachliche Druckerzeugnisse hergestellt als bei uns, keins liefert sie auch so fehlerfrei wie Deutschland.

Ein ganz tollen Streich verübte ein holländischer Gutenberghändler. Die „Buchdruckerwoche“ berichtet darüber: In einer Druckerei zu Levenbergen wurde in vergangener Woche ein Winkelhaken vermisst und außerdem — sämtliche Verfal e einer starkgebrauchten Schrift. Der Verbach fiel sofort auf einen Seher, der abends zuvor aufgehört hatte, um in Nijmegen eine Kondition anzutreten. Der geschädigte Druckereibesitzer machte sofort Anzeige; die Nijmegen Polizei wurde telegraphisch verständigt und ermittelte tatsächlich den Mißstäter, der verhaftet wurde. Den Winkelhaken hatte er noch in der Tasche; die Verfal e aber hatte er ins Wasser geworfen. In Levenbergen war nun tatsächlich „Holland in Not“; alle Verfal e mußten blodiert werden, bis der telegraphisch bestellte Neuzug eintraf.

„Der Arbeiterradfahrer“, das am 1. und 15. des Monats erscheinende Organ des Arbeiterradfahrerbundes Solidarität, wird vom 1. Oktober ab in der Chemnitzer Parteidruckerei hergestellt, da der bisherige Halberstädter Drucker die Auflage von 60000 nicht mehr mit Schnellpressen bewältigen kann. Der Sitz des Arbeiterradfahrerbundes ist schon am 1. September von Frankfurt a. M. nach Chemnitz verlegt worden. Als neuer Redakteur fungiert vom 1. nächsten Monats an der Kollege Radhe aus Berlin. Die Chemnitzer Parteidruckerei hätte somit die Kl. für den nach Berlin verlegten „Arbeiter“.

Ein Arbeiterssekretär soll zum 1. November in Offenbach a. M. angestellt werden. Bis zum 20. September sind Bewerberungen an Jakob Streib, Wilhelmstraße 17, I, zu richten.

Die Bekämpfung der Fleischnot will der Vorstand des Deutschen Fleischerverbandes durch eine größere Verfertigung Deutschlands mit ausländischem Vieh erreichen und hat dem Reichsfinanzler zu diesem Zwecke nachstehende Forderungen unterbreitet: 1. Zulassung des böhmisches Rindviehes unter denselben Bedingungen wie österreichisches (Verschaffung der Quarantäne und Tuberkulustprobe); 2. Zulassung der Rindvieheinfuhr aus Holland; 3. Zulassung eines Schweinekontingents: aus Frankreich für die Städte Straßburg, Metz, Hagenu und einige größere bairische Städte; aus Holland für die Schlachthoffstädte des Regierungsbezirks Düsseldorf, Köln und Aachen; aus Dänemark für die Schlachthoffstädte an der Nord- und Ostseeküste. Gewiß könnte mit diesen Maßnahmen schon eine Besserung gegen die jetzigen schrecklichen Zustände erzielt werden. Aber die Reichsregierung hat in der Frage der Fleischnot schon so oft bewiesen, daß sie nur Hören hat für den Standpunkt der den Fleischwucher mit Hochdruck betreibenden Agrarier, und so wird auch dieser Appell an Bülow wieder vergeblich sein.

In München haben die in der Kunstankunft von Gebrüder Obpacher beschäftigten Buchbinder die Arbeit niedergelegt. — Die Drechsler in Berlin haben den Streik beschlossen, weil das Entgegenkommen der Meister in bezug auf die Lohnforderungen ein zu geringes ist. — In Esett in haben die städtischen Gasarbeiter wegen Maßregelung von Arbeitskollegen die Arbeit eingestellt. Die dreitägigen Verhandlungen vor dem Einigungsamt des dortigen Gewerbegerichtes in Sachen des Ausschusses der Hafenarbeiter sind gescheitert. Die Streikenden lehnten den Schiedspruch ab, hauptsächlich deshalb, weil sie nicht mit den Streikbrechern zusammenarbeiten wollen. — Die Berliner Buchbischlöffer haben sich einen Tarif mit ihrem Streik erkämpft. — Dergleichen die Tapezierer und Dekorateur in Königsberg. — In Düsseldorf erlangen die Sandsteinmegeren einen schönen Erfolg.

Die böhmischen Vergleute stimmen auf einer Konferenz mit zwei Drittel Mehrheit gegen den allgemeinen Zustand. Die Belegschaften von Tepliz, Aussig und Karbitz erklärten sich sogar für Wiederaufnahme der Arbeit. — In Wien streiten die Glaser. — Die Mühlensarbeiter in Debreczin sind ausständig. — In Corunna konnten die Bäcker ihre Forderungen durchsetzen.

Eingänge.

Der Führer durch die Postkartenausstellung zu Leipzig, die vom 9. bis 30. September im Deutschen

Buchgemeinschaften der durch ihre Mithrigkeit bestens bekannten Typographischen Vereinigung Leipzig zur täglichen und unentgeltlichen Besichtigung geboten wird, ist wenig verwandt mit den landesüblichen Ausstellungskatalogen. Von den 68 Textseiten nimmt das Verzeichnis der Aussteller nur acht Seiten in Anspruch, den übrigen textlichen Inhalt bilden neben einer (wohl zu kurzen) Geschichte der Postkarte instruktive Abhandlungen über das weitverzweigte Gebiet der modernen Reproduktionsverfahren, deren Eigenarten verschiedentlich an beigelegten Exemplaren demonstriert wird. Das ist nicht nur für den Laien, sondern auch für Buchdrucker und den Graphiker überhaupt von Wert, denn nicht jeder Angehörige der graphischen Familie wird sich in der so vielseitigen Drucktechnik von heute ohne Wegweiser zurechtfinden. Diese Eigenchaft besitzt der nur 30 Pf. kostende, in moderner und guter Ausstattung sich präzentierende Führer durch die Leipziger Postkartenausstellung aber in weitem Maße.

Briefkasten.

A. B. in Berlin: Nun, da lassen wir es einfach bis zur nächsten Woche. Freundlichen Gruß! R. — E. K. in Bremen: Sie befinden sich auf dem Karuffel, wie man in Leipzig sagt. Von den vorgelegten Beispielen ist allein „Industrie“ richtig mit einem Verfal i angewandt. Bei „Illustriertes“ ist fälschlich ein Verfal i statt eines Verfalls i und bei „Zustig“ ebenso unrichtig ein Verfal i statt eines Verfalls i gesetzt worden. — B. R. in München: Leider oft nur zu wahr, was Sie dichten, aber aus tatsächlichen Gründen nicht zu verwenden. — D. in Frankfurt a. M.: 1,40 Mk. — U. S. in Gießen: 2,80 Mk. — D. in Bochum: 2,05 Mk. — M.-R., Gießen: 3,05 Mk. — U. R. in Berlin: 4,30 Mk. — G. Sch. in Chemnitz: Bei 20 Cicero Breite war das alte System etwa 5 Viertelpeit breiter als das Pariser. — W. A.: Das über ein halbes Jahrhundert alte Buchdruckerlieberbuch von K. Fröhlich kennen wir nur dem Namen nach, wissen auch nicht, ob es nach zu beziehen ist. — Um Angabe der Adressen von den Kollegen Karl Haberland in Wädgebund und D. Mänchen in Striegau wird gebeten. — U. G. in Kiel: Wird aufgenommen. — R.: Dieser Wink ist gut, damit man in jenem Lager weiß, daß wir gut unterrichtet sind. Herzlichen Gruß! — ? 22: Ihr Urteil hat uns im großen Ganzen sehr gut gefallen, aber vor der Tarifberatung kann er aus tatsächlichen Gründen nicht aufgenommen werden, erst später. Gruß! — „Beter Anton“: Wirklich nicht zum Abdruck geeignet. Verfügen Sie über das Manuskript. — G. R. in Leipzig: Sind mit Ihnen in der Hauptsache einverstanden, aber es empfiehlt sich zur Zeit nicht der Abdruck. — Straßburg, Vereinslokal: 32,34 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chamissoplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Die Buchhandlung „Vorwärts“ in Berlin hat mit dem Diehshagen Verlage in Stuttgart ein Abkommen getroffen, wonach ihr der Kleinvertrieb folgender Werke übertragen ist:

„Die Geschichte des britischen Trade-Unionismus“, „Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften“, „Die Geschichte der englischen Arbeit“.

Diese Werke haben bisher pro Band ungefähr 6 Mk. gekostet. Der Preis ist nunmehr auf 4 Mk. herabgesetzt; der Verlag ist jedoch weiter bereit, den Organisationen einen Vorzugspreis einzuräumen, den er auf 3 Mk. festgesetzt hat.

Bestellungen müssen durch den Vorstandsvorstand erfolgen, weshalb wir Ortsvereine, Bibliotheken und sonstige Respektanten, welche von dieser billigen Offerte Gebrauch machen wollen, ersuchen, sich der Vermittlung des Unterzeichneten zur Beschaffung der gewünschten Werke zu bedienen.

Berlin.

Der Vorstandsvorstand.

Müllhausen i. G. Der Seher Max Müller aus Mastätten wird hierdurch aufgefordert, das aus der hiesigen Bibliothek entnommene Buch unverzüglich an den Kollegen Emil Meyer, Eintrachtplatz 14, postfrei einzusenden.

Abdressenveränderungen.

Stubeck (Bezirk Hildesheim). Vorsitzender: Jof. Kunz, Knochenhauerstraße 25, I.

Halle a. S. Vertrauensmann der hiesigen Maschinen-seher: Reinhold Schlegel, Zentnerstraße 5, I.

Hannover. (Korrektorenverein.) Kassierer: G. Hoffmeyer (nicht Hoffmann, was irrtümlich angegeben), An der Lutherkirche 3A.

